

EILDienst

4/2024



- Digitales Kreistagsforum mit WDR-Programmdirektorin Andrea Schafarczyk
- Wege gegen den Arbeitskräftemangel in den Kreisen
- Natur- und Artenschutz in den Kreisen
- Interview mit Minister Nathanael Liminski zur Europawahl

AUF EIN WORT	51
AUS DEM LANDKREISTAG	
Digitales Kreistagsforum mit WDR-Programmdirektorin Andrea Schafarczyk	52
AUS DEN KREISEN	
Neuzugewanderte Fachkräfte erfolgreich unterstützen	53
Vertragsnaturschutz: Mit Technik und Know-how zu mehr Vielfalt auf dem Acker	54
Der schnelle und einfache Weg des Wissenstransfers beim Kreis Coesfeld	56
INTERVIEW	
Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen: „Europa hat einen Mehrwert für alle Bereiche unseres Lebens “	57
IM FOKUS	
Vierbeinige Unterstützung bei der Arbeitsberatung	58
KURZNACHRICHTEN	59
PERSÖNLICHES	
Manuela Kupsch neue Kreisdirektorin des Kreises Höxter	62
Dominik Schad ist neuer Kreisdirektor des Kreises Recklinghausen	62
Oberkreisdirektor a.D. Robert Wirtz verstorben	62
HINWEISE AUF VERÖFFENTLICHUNGEN	63



Feuerwehrbeamte – erst später in den Ruhestand?

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem die Altersgrenze zum Eintritt von Feuerwehrbeamten in den Ruhestand je nach Laufbahngruppe um ein Jahr bzw. um zwei Jahre angehoben werden soll. Dabei ist ein schrittweiser Übergang ab dem Geburtsjahrgang 1966 vorgesehen.

Die beabsichtigte Neuregelung bewegt sich zweifelsohne in einem Spannungsfeld. So wollen die Kreise ihren feuerwehrtechnischen Beamtinnen und Beamten gute Arbeitsbedingungen und attraktive Regelungen zur Altersgrenze anbieten, sehen sich aber auch im feuerwehrtechnischen Dienst im „Wettbewerb um die besten Köpfe“ zunehmend mit der Schwierigkeit konfrontiert, eine ausreichende Zahl geeigneter Nachwuchskräfte zu gewinnen. Der steigenden Zahl anspruchsvoller Aufgaben und dem zunehmenden Personalbedarf steht ein gravierender Personal- und Fachkräftemangel gegenüber, der sich perspektivisch noch verschärfen wird. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Deutschland – einschließlich der Kommunen – wird gegenüber dem Jahr 2021 bis zum Jahr 2030 allein aus Altersgründen um ein Drittel gegenüber 2021 zurückgehen. Obwohl bereits heute viele Stellen unbesetzt sind, besteht demnach gewaltiger Handlungsbedarf.

Sicherlich ist die moderate Anhebung der Altersgrenze keine umfassende Lösung, trägt aber dazu bei, dem auch in der Feuerwehr sich deutlich verstärkenden Personalmangel entgegenzuwirken. Darüber hinaus geht es auch um eine Angleichung unter Berücksichtigung der bereits angehobenen Altersgrenze für den sonstigen öffentlichen – kommunalen – Dienst.

Dass die moderate Anhebung der Altersgrenze den Beruf für Berufseinsteiger unattraktiv machen könnte, ist zwar nicht völlig auszuschließen. Bei der Berufswahl ist die Frage des Eintritts in den Ruhestand nach praktischer Lebenserfahrung indessen in aller Regel nicht leitend.

Die kommunale Ebene allein kann die sie auf fast sämtlichen Handlungsfeldern betreffenden Probleme des Personalmanagements nicht lösen. Jedenfalls muss das Beamtenrecht der sich verschärfenden Personalsituation Rechnung tragen und weiterentwickelt werden. Wenn der Landesgesetzgeber jetzt einen überschaubaren Schritt in die richtige Richtung machen will, trifft das auf die Zustimmung der Kreise.

Dies gilt sowohl für die moderate Anhebung der Altersgrenze als auch für die vorgesehene Übergangsregelung, die Anregungen aus der Verbändeanhörung aufgreift. Ausdrücklich zu begrüßen ist auch, dass eine einheitliche Regelung für alle Beamtinnen und Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes – und damit auch für diejenigen in den Leitstellen – angestrebt wird.

Kritisch anzumerken bleibt, dass bei der Anhebung der Altersgrenze auch in dem aktuellen Gesetzentwurf nach Laufbahnen differenziert werden soll. Dieses „Laufbahnmodell“ kann auch kritisch betrachtet werden. Denn eine gesetzliche Neuregelung der Altersgrenze sollte möglichst gerecht und einfach anwendbar sein. Nach diesen Maßgaben wäre aus Sicht des Landkreistags NRW eine Lösung mit einer einheitlichen Altersgrenze vorzugswürdig gewesen. Es ist nicht auszuschließen, dass durch das Laufbahnmodell Konkurrenzen zwischen den Laufbahnen ausgelöst werden. Die vorgesehene Differenzierung könnte zudem von den betroffenen Beamtinnen und Beamten als nicht gerecht empfunden werden.

Bei der nunmehr angestrebten Novellierung darf es jedoch nicht bleiben. Um hier echte Zukunftsperspektiven zu eröffnen, muss das Beamtenrecht gezielt weiterentwickelt werden, etwa durch die Eröffnung laufbahnrechtlicher Gestaltungsspielräume oder die Einführung eines optionalen Personalgewinnungszuschlags. Bundes- oder landesrechtlich veranlasste Personalstandards müssen geprüft und gegebenenfalls unter der Maxime einer Reduzierung und Flexibilisierung angepasst werden. Deregulierung und Bürokratieabbau sind konkret umzusetzen. Die zahlreichen kommunalen Initiativen und Vorschläge in diesem Zusammenhang sind aufzugreifen.

Die kommunale Familie sollte sich gegenüber Neuerungen nicht sperren, auch wenn – wie im vorliegenden Fall – nicht alle Anliegen umgesetzt werden. Dies würde das falsche Zeichen angesichts der immensen gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen setzen. Die Kommunen werden ihren konstruktiven Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen mit dem sich immer weiter verschärfenden Personalmangel leisten. Ein umfassendes Lösungsbündel wird allerdings ohne weitere Maßnahmen des Landes nicht realisierbar sein.

Dr. Martin Klein
Hauptgeschäftsführer
des Landkreistages Nordrhein-Westfalen

Digitales Kreistagsforum mit WDR-Programmdirektorin Andrea Schafarczyk

Beim digitalen Kreistagsforum am 19. Februar 2024 tauschten sich Kreistagsmitglieder mit der crossmedialen Programmdirektorin des WDR für die Bereiche Nordrhein-Westfalen, Wissen und Kultur, Andrea Schafarczyk, aus. Im Fokus stand die regionale Berichterstattung aus dem kreisangehörigen Raum und die Digitalisierungsinitiative des WDR.



Andrea Schafarczyk.

Quelle: WDR

Die Medienlandschaft ist im Umbruch. Das gilt auch für den Westdeutschen Rundfunk (WDR), der seine Programme und Formate in Funk und Fernsehen kontinuierlich weiterentwickelt und sich seit geraumer Zeit auf den Weg gemacht hat, digitaler zu werden. Beim diesjährigen digitalen Kreistagsforum konnten sich die nordrhein-westfälischen Kreistagsmitglieder aus erster Hand informieren, wie der WDR insbesondere die regionalen Programme an den neuen Medienkonsum anpasst und digitaler macht. Kreistagsmitglieder aller Parteien nahmen an einer Vielzahl der 31 Kreise am Digitalformat mit anschließender Diskussionsrunde teil.

Im Mittelpunkt ihrer Präsentation stellte Andrea Schafarczyk die Weiterentwicklung der WDR-Landesstudios u.a. auch am Beispiel der „Lokalzeiten“ dar. Mit den elf regionalen Ausgaben erreiche die „Lokalzeit“ insgesamt täglich ein Millionenpublikum und sei damit die beliebteste Sendung im WDR-Fernsehen. Gerade in diesem Format spiele in der Berichterstattung der kreisangehörige Raum eine wichtige Rolle. In den Landesstudios entstehe

aber viel mehr als die „Lokalzeit“-Beiträge im Fernsehen, dort würden beispielsweise auch Inhalte für weitere TV-Formate wie „Aktuelle Stunde“, aber auch für die „WDR aktuell“-App und die WDR-Internetseite sowie für Radio-Sendungen wie „Westblick“ auf WDR 5 erschlossen. Auch und insbesondere in den regionalen Radionachrichten (die ebenfalls „Lokalzeit“ heißen und im halbstündigen Takt u.a. auf WDR 2 laufen) fände der kreisangehörige Raum vielfach in der Berichterstattung statt.

Obwohl der WDR mit den regionalen Nachrichten und Formaten in Funk und Fernsehen ein Millionenpublikum erreicht, mache sich auch hier bemerkbar, dass immer mehr Menschen Nachrichten überwiegend im Internet konsumieren. Insbesondere junge Menschen informieren sich über das, was in der Welt, in ihrem Land, in ihrer Region, aber auch in ihrer Kommune passiert, überwiegend im Internet. Auf diesen rasanten Wandel im Medienkonsum reagiert der WDR mit einer Digitalstrategie, die alle linearen Formate umfasst.

„Die Medienbedürfnisse der digitalen Generationen rücken in die Mitte der Gesellschaft“, betonte die Programmdirektorin im Austausch mit den interessierten Kreistagsmitgliedern. Die Mediennutzung verändere sich rasant. Alles werde schneller, agiler und finde immer mehr im Internet statt. Das klassische lineare, vor allem das Fernsehen, verliere an Zuschauerinnen und Zuschauer. Dabei rückten immer mehr Streaming-Dienste, Apps und „Social Media“-Angebote in den Fokus. Statt entspannt zu Hause auf dem Sofa würden Medien heutzutage auch häufig unterwegs genutzt.

Zudem verändere sich die Funktion von Medien: Es werde untereinander interagiert, die Nutzerinnen und Nutzer seien Teil einer Community und seien durch Personalisierung immer mehr gewöhnt, genau das zu bekommen, was sie erwarten. Dadurch verändere sich auch, was unter

Information und Regionalität verstanden wird.

Auf diese neue Mediennutzung reagiere der WDR mit neuen Angeboten, die zu der vielfältigen Gesellschaft in NRW passen und sich an deren unterschiedliche Lebensgefühle, Gesellschaftsteile und Altersgruppen orientieren. Dabei nannte die Referentin mehrere Beispiele: Der Lokalzeit-Newsletter für Ehrenamtliche in NRW zielen auf eine Leserschaft, die sich bei der Freiwilligen Feuerwehr, beim Technischen Hilfswerk (THW), in sozialen Einrichtungen oder in Vereinen engagiert. Mit dem True Crime-Format „Mord.Orte“ erreiche der WDR mit regionalen Inhalten bei Youtube und vor allem bei Tiktok sehr junge Zielgruppen. Mit dem Youtube-Kanal „Lokalzeit Land.Schaft“ zeige man Beiträge über Landwirtinnen und Landwirte in NRW, die sich den Herausforderungen ihrer Branche stellen und ihre Höfe für die Zukunft fit machen. Im Instagram-Kanal @lokalzeit werden formatgerecht Storys präsentiert von Menschen aus NRW, die anpacken. Der WDR präsentiere Inhalte in allen gängigen Social Media-Plattformen und biete zudem on demand-Angebote als Podcast und in der WDR-Mediathek. Denn auch gesetzlich fundierte die Aufgabe des WDR sei es, Programm für alle Menschen in NRW zu machen.

In der anschließenden Diskussion brachten die Kreistagsmitglieder ihre Sorge über den zunehmenden Rückzug der Medien allgemein und auch des WDR aus dem kreisangehörigen Raum zum Ausdruck. Dabei lebten und arbeiteten die meisten NRW-Bürgerinnen und -Bürgern nicht in den Großstädten, sondern im kreisangehörigen Raum. Medienvertreter besetzten beispielsweise nicht mehr die Kreistagssitzungen oder andere kommunalpolitische Termine, in denen wichtige Themen für die Kommunen und für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort diskutiert und entschieden werden. Mit Sorge werde auch die zunehmende Boulevardisierung der Medien und die tendenziell stärkere Vermischung von

neutraler Berichterstattung und Meinung beobachtet. Auch sei eine hohe Fluktuation bei Reporterinnen und Reportern zu beobachten, wodurch es an Kontinuität bei der Begleitung von Themen und

auch an Hintergrundwissen fehle. Andrea Schafarczyk betonte, dass der WDR bei der Themensetzung auf eine ansprechende Mischung achte und bewusst regionale Themen besetze. Dabei zählte sie mehrere

Beispiele für Berichterstattung aus den NRW-Kreisen der jüngsten Zeit auf.

EILDienst LKT NRW
Nr. 4/April 2024 00.10.12.1

Neuzugewanderte Fachkräfte erfolgreich unterstützen

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, stellt der Kreis Wesel Fachleute ein, die zu Anfang ihrer Tätigkeit noch nicht fließend Deutsch sprechen. Die Kreisverwaltung Wesel unterstützt die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei auf vielfältige Weise: Bei der Erledigung aller formellen Voraussetzungen für Einreise und Arbeitsaufnahme, bei der Suche und dem Besuchen von Sprachkursen und bei der Integration in das bestehende Team. Wünschenswert wäre, die formellen Abläufe zu vereinfachen, um so die Verfahren zu beschleunigen und die Akquise von Fachkräften aus dem Ausland einfacher zu gestalten.

Der Fachkräftemangel macht auch vor dem öffentlichen Dienst nicht Halt – die Aufgaben der einzelnen Kolleginnen und Kollegen verdichten sich, manche Stellen sind dauerhaft unbesetzt. Bei der Akquise von Fachkräften müssen daher neue Wege gegangen werden.



Michael Fastring, Fachdienstleiter Umwelt, und Farsaneh Bahrambeyk, Ingenieurin beim Kreis Wesel. *Quelle: Kreis Wesel*

Das heißt, es sollen auch die Menschen ihre vielfältigen Fähigkeiten im hiesigen Arbeitsleben nutzen können, die nicht Deutsch als Muttersprache gelernt haben. Im FD 66 Umwelt hat Fachdienstleiter Michael Fastring eine Ingenieurin eingestellt, die zu Beginn ihrer Tätigkeit beim Kreis noch nicht fließend Deutsch sprach. Farsaneh Bahrambeyk kommt aus Teheran in Iran und ist seit September 2021 beim Kreis Wesel beschäftigt. „Man muss die Menschen unterstützen, da haben wir am Ende alle was von“, sagt Michael Fastring. „Fachlich kann man alles lernen, aber besonders der menschliche Umgang ist wichtig.“ Und dieser Umgang passte vom ersten Moment an.

Farsaneh Bahrambeyk hat Umweltingenieurwesen in Iran studiert und in Bochum ihren Masterabschluss gemacht. Zu diesem Zeitpunkt sprach sie gut Deutsch. Mit Beginn der Pandemie und den Kontaktbeschränkungen änderte sich die Situation: „Ich habe viel von zu Hause studiert und hatte wenig Kontakt mit meinen Kommilitonen. Zu Hause habe ich vorwiegend Persisch gesprochen und so die deutsche Sprache zum Teil verloren.“

Das Vorstellungsgespräch beim Kreis Wesel war entsprechend herausfordernd für Bahrambeyk. „Die Sprachbarriere war schon deutlich da“, sagt Michael Fastring. „Genauso deutlich haben wir aber auch gemerkt, dass sie fachlich sehr versiert ist. Wir waren uns einig, dass wir sie gerne einstellen wollen und ihr auch die Möglichkeit geben möchten, sich sprachlich zu entwick-



DIE AUTORIN

Eva Richard,
stellvertretende
Pressesprecherin,
Kreis Wesel
Quelle: Kreis Wesel

keln. Sie hat einen unheimlichen Ehrgeiz gezeigt, weiter Deutsch zu lernen.“ Bahrambeyk hat sich selber um Fortbildungen gekümmert. Der Fachdienst bezahlte den Sprachkurs, der auch zur Dienstzeit gehörte. Durch ihr Engagement zeigten sich schnell Erfolge: Fachliche Gespräche am Telefon gehen ihr immer leichter von der Hand und die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen bei amtlichen Schriftstücken war schon bald nicht mehr nötig. „Die Kolleginnen und Kollegen haben mir unglaublich viel geholfen“, sagt Bahrambeyk. „Schreiben kann man in Ruhe üben, aber Sprechen ist viel unmittelbarer. Ich habe die Kolleginnen und Kollegen auch darum gebeten, mich zu korrigieren. Ich bin stolz auf den Rückhalt, den sie mir gegeben haben.“

Ein großes Projekt hat Bahrambeyk sich ebenfalls schon vorgenommen: Sie übersetzt ein fachliches Handbuch von Deutsch auf Persisch. „Durch die Übersetzung bekomme ich ein tieferes Verständnis für die Sprache und für die Materie.“ Die Übersetzung schafft sie von Grund auf neu: Der Verlag des Handbuchs hat auch bereits Interesse angemeldet.

Michael Fastring ist froh, eine neue kompetente Mitarbeiterin gewonnen zu haben: „Die Zusammenarbeit funktioniert menschlich, fachlich und sprachlich wirklich hervorragend. Ich bin sehr froh, dass wir diesen Weg gegangen sind. So wird die Kreisverwaltung auch als langfristige Arbeitgeberin gesehen. Gute Investitionen lohnen sich.“ Ein wichtiger Baustein bei den Bemühungen gegen den Fachkräftemangel also.

Einen ähnlichen Weg ist auch Jochen Hansens gegangen, Fachdienstleiter des Katasteramts und stellvertretendes Vorstandsmitglied des Kreises Wesel. Seit dem 1. November 2023 arbeitet sein Mitarbeiter Mohammad Moayyed als Vermessungsingenieur im Außendienst – und seit dem 1. November ist Moayyed in Deutschland. Was so eng zeitlich getaktet klingt, hatte einen sehr langen Vorlauf.

„Ich hatte im Februar ein Vorstellungsgespräch beim Kreis Wesel, von Iran aus“, erzählt Moayyed. „Aber bis ich anfangen konnte zu arbeiten, sind acht Monate vergangen. Es hat sehr lange gedauert, bis alle formellen Fragen geklärt waren.“ Verschiedene Dokumente mussten bei einer Vielzahl Stellen eingereicht werden, damit Hochschulabschlüsse geprüft und anerkannt werden, es ging um Übersetzungen und Visumsfragen.

„Der Aufwand war enorm, für uns genauso wie für Herrn Moayyed und das Personalamt“, sagt Hansens. „Die Zuständigkeiten sind schwierig herauszufinden und die jeweiligen Verfahren dauern sehr lange und sind mit hohen Kosten verbunden.“ Da Moayyed mit Aufnahme seiner Arbeit



Jochen Hansens, stellv. Vorstandsmitglied Bereich Umwelt, und Mohammad Moayyed, seit Anfang November 2023 Vermessungsingenieur beim Kreis Wesel.

Quelle: Kreis Wesel

nach Deutschland kam, stellten sich noch weitere Herausforderungen: Fragen nach Kontoeröffnungen, Versicherungen und natürlich auch nach einer Wohnung. „Es war sehr viel zu regeln“, sagt Moayyed, „in allen Lebensbereichen.“

Von Iran aus eine Wohnung zu finden, war quasi unmöglich. Hansens unterstützte Moayyed und wurde schließlich fündig: „Nach vielen fruchtlosen Versuchen habe ich eine Annonce in unserem eigenen Intra-

net gesehen und konnte Herrn Moayyed eine Wohnung vermitteln.“ Nach acht Monaten konnte Moayyed dann endlich nach Deutschland kommen und beim Kreis Wesel arbeiten.

„Zwischenzeitlich hatte ich Sorge, dass der Kreis doch kein Interesse hat, weil alles so lang dauerte“, sagt er. Für Jochen Hansens kam eine Absage aber nicht in Frage: „Ich bin froh, dass wir Herrn Moayyed in unserem Team haben, auch wenn der Weg ein langer war. Der Fachkräftemangel ist ein großes Problem in Deutschland, nicht nur in den Verwaltungen. Deshalb wäre es schön, wenn diese Abläufe deutlich verschlankt und beschleunigt werden könnten.“

Und die Arbeit selbst? „Ich fühle mich wohl“, sagt Moayyed. „Ich muss viele neue Dinge lernen, neue Programme, neue Menschen kennenlernen und auch die Kultur und vor allem auch die Sprache. Aber ich schaffe das.“ In Iran hat Moayyed bereits Deutsch gelernt, mit dem Ziel, in Deutschland zu arbeiten. Aber auch sein Kurs wurde während der Pandemie nicht weitergeführt. Nun ist er hier angemeldet und wartet auf den Beginn des Kurses, um sich weiter zu verbessern. Innerhalb des Hauses vernetzt er sich, hat auch bereits Kontakt mit Bahrambeyk aufgenommen und tauscht sich aus; unter Landsleuten, sozusagen.

Bei all den Veränderungen bleibt aber eine Konstante, sagt er. Denn: „Vermessung ist Vermessung – überall auf der Welt.“

EILDienst LKT NRW
Nr. 4/April 2024 50.05.02

Vertragsnaturschutz: Mit Technik und Know-how zu mehr Vielfalt auf dem Acker

Natur und Landschaft im Kreis Viersen werden in besonderem Maße durch die bäuerliche Landwirtschaft geprägt. Mit dem Kreiskulturlandschaftsprogramm schafft der Kreis Viersen den Rahmen, die erhaltungs- und schutzbedürftigen Lebensräume sowie die wertvollen Kulturlandschaften und Landschaftsteile unter zentraler Mithilfe der Landwirte und weiterer Landbewirtschaftler zu pflegen und zu erhalten. Es stellt die Grundlage des Vertragsnaturschutzes dar.

Gerüchte, dass der Naturschutz etwas „für Faule wäre und dass das Land durch das Brachliegen verkommt, mit

Disteln und Brennnesseln übersät wird und am Ende mehr Arbeit als Nutzen bringt, halten sich hartnäckig“, berichtet Albert

Erkens, stellvertretender Leiter der Abteilung für Natur und Landschaft, Jagd und Fischerei.



DER AUTOR

Albert Erkens,
stellvertretender
Leiter der Abteilung
Natur- und Land-
schaft, Jagd und
Fischerei,
Kreis Viersen
Quelle: Kreis Viersen

Die mittlerweile gebotene Flexibilität hat sich im Vertragsnaturschutz erst über viele Jahre entwickelt: So bieten sich den Landwirtinnen und Landwirten seit 2023 deutlich mehr Möglichkeiten, aus einer Maßnahmengruppe verschiedene Pakete, wie lichter Getreideacker mit doppelter Saatreihe, ein- und mehrjährige Blühstreifen und Ackerbrachen sowie den Ernteverzicht, auszuwählen und die Pakete bei Bedarf jährlich auf der Fläche zu wechseln. Auch der Wechsel der Fläche ist fruchtfolgebedingt zulässig und auch gewünscht. Die Prämien sind seit 2023 ebenfalls deutlich angehoben worden, so werden jetzt für einen einjährigen Blühstreifen (Paket 5042 C) jährlich bis zu 2.000 Euro je Hektar und Jahr (früher: 1.500 Euro) und für den Ernteverzicht (Paket 5025) jährlich 2.240 Euro je Hektar und Jahr (früher 1.830 Euro) gezahlt.

Drei Beispiele, die zeigen, wie sich mit fachgerechtem Einsatz von Know-how und Landtechnik Naturschutz und konventionelle Landwirtschaft für den Artenschutz vereinen lassen.

1. Die richtige Mischung

Im Jahr 2021 hat sich Landwirt Christoph Ingenrieth aus Nettetal-Leuth entschieden, zwei Flächen mit ein- bzw. überjährigen Blühstreifen (Paket 5042 C, Größe jeweils ca. 0,5 Hektar) anzulegen. Bei dieser Vertragsnaturschutz-Maßnahme wird entgegen einer normalen Getreideeinsaat ein deutlich geringerer Anteil an Wintergetreide mit nur zwei Arten von Wildkräutern ausgesät. Ziel ist es, einen lichten, aber auch blütenreichen Getreidestreifen zu erzeugen. Die Variabilität des Saatguts (große Getreidekörner und sehr kleine Saatkörner von Kornblume und Klatschmohn) und die unterschiedlichen Ansprüche an die Keimung erfordern eine besondere Handhabung bei der Einsaat. Augenscheinlich bietet sich dabei an, das Getreide zunächst normal tief einzusäen, um in einem zweiten Arbeitsgang die winzigen Kräutersaaten darüber flach aufzubringen und abschließend anzuwalzen. Für Christoph Ingenrieth galt es herauszufin-

den, ob die Einsaat auch in einem einstufigen Verfahren möglich ist: Dafür mischte er zunächst das Getreide und die Kräutermischung (etwa 2,4 Kilogramm Kornblume und 1,5 Kilogramm Klatschmohn) in einem Spießkübel vor. Anschließend wurde die Mischung in einem Hatzenbichler-Saatkasten abgedreht, um die richtige Dosierung festzulegen. Zur Einsaat wurde der Saatkasten auf eine Scheibenegge gesetzt. Das Saatgut fällt dann während der Fahrt von den Pralltellern auf die sich darunter drehende Dachringwalze der Egge. Die von der Walze aufgeworfene Erde zieht das Saatgut mit zu Boden, wird nur leicht bedeckt und festgewalzt. In jedem Fall ist dadurch die notwendige, flache Einsaat für den Klatschmohn als Lichtkeimer gegeben. Der Streifen wird ganz normal wie Wintergetreide im Oktober eingesät und verbleibt im Folgejahr bis Ende des Sommers unbehandelt. Dann kann die Entscheidung getroffen werden, ob der Streifen durch Grubbern und erneute Einsaat mit reduzierter Kräutermenge an gleicher Stelle reaktiviert oder an anderer Stelle komplett neu angelegt wird. Ende Mai präsentiert sich der Streifen dann in voller Pracht, wenn das helle Blau der Kornblumen und das Rot des Mohns weithin über die Feldflur leuchten. „Ich war positiv überrascht, dass sich der Streifen auch ohne Spritzung so unkompliziert darstellt, es finden sich auch Acker- und Hundskamille ein, aber nicht übermäßig“, stellt Ingenrieth fest. Er überlegt daher, die Maßnahme im nächsten Jahr an anderer Stelle fortzuführen.

2. Pneumatik – mit Luftdruck Blumen säen

In Niederkrüchten-Overhetfeld bewirtschaftet Helmut Jakobs, staatlich geprüfter Landwirt, einen Teil seines Betriebes im klassischen Ackerbau, der andere Teil dient der Futtererzeugung im Grünland. Durch seine langjährige Praxis als Tierhalter im Milchviehbetrieb erwuchs seine Liebe zum bayerischen Fleckvieh, mit dem er seit einigen Jahren auf einer ehemaligen Militärfläche in Arsbeck Landschaftspflege betreibt. Die Kühe halten hier die Gehölze kurz, um offene Flächen für wertvolle Heidevegetation und geschützte Reptilien zu erhalten.

Auf seinen Ackerflächen im Raum Elmpf hat er letztes Jahr auf insgesamt 4,5 Hektar Ackervertragsnaturschutzmaßnahmen angelegt. Dabei wurde ganz bewusst immer ein „Pärchen“ aus einem überjährigen Getreidestreifen mit einer Beimischung von Kräutern (Paket 5042 C) neben einem Getreidestreifen mit Ernteverzicht (Paket 5025) angelegt.



Wintergetreide in doppelter Saatreihe.

Quelle: Kreis Viersen

Jakobs säte dafür zunächst den Getreidestreifen für den Ernteverzicht mit Winterroggen in doppelter Saatreihe an, wobei jedes zweite Säeschar geschlossen blieb. Um die Standfestigkeit des Roggens im Winter zu verbessern, wurde etwas Weizen beigemischt. Für den angrenzenden Blühstreifen säte er Winterweizen in reduzierter Menge ein, worüber dann in einem zweiten Arbeitsgang die Kräutermischung aus Kornblume und Klatschmohn gesät wurde. Auch hierbei half eine Beimischung von Maismehl, um eine ungewollte Entmischung des feinen Saatguts vorzubeugen.

Zur Einsaat nutzte er die pneumatische Drillmaschine. Mittels Luftdruck wird die Saatmischung aus einem Tank, der über der Cambridgwalze sitzt, vor die sich drehende Walze gesprüht. Die Pneumatik sorgt für eine gleichmäßige Verteilung, unabhängig von der Fahrgeschwindigkeit. Das Saatgut selbst wird nur flach eingearbeitet. Die vorgebaute Kreiselegge mit Stabwalze sorgt für die nötige Lockerung und Krümelung des Saatbettes.

Die Flächen sind gut angegangen, doch das war am Anfang nicht so, berichtete Jakobs: „Im Frühjahr wurde der Blühstreifen stark von Hunden genutzt, so dass ich befürchtete, dass die frisch aufgekeimten Pflänzchen dadurch stark geschädigt werden könnten.“ Zum Glück hat sich die Befürchtung nicht bestätigt und alles ist aufgegangen. Ein Infoschild im Blühstreifen hilft jetzt, dass Hundehalter aufgeklärt werden und ihre Vierbeiner anleinen.

3. Doppelte Saatreihe, nicht doppelte Saat

Bereits seit drei Jahren bewirtschaftet Heiner Kamps aus Schwalmtal-Geneschen eine

etwa 0,6 Hektar große Parzelle nach den Bestimmungen des Vertragsnaturschutzes. Dazu hat er im ersten Jahr zunächst Wintergetreide in doppelter Saatreihe angesät, damit im Hauptbestand Licht und Luft für aufkommende Kräuter und gleichzeitig Lücken für Feldlerche und Rebhuhn entstehen.

Da weder gedüngt noch chemisch behandelt wird, zeigt sich bereits im folgenden Frühsommer ein lichter Bestand mit krautigem Unterwuchs. Zur Ernte im Juli wurde die Hälfte der Fläche geerntet. Ein Teil verblieb als Stoppelbrache und wurde nicht weiterbearbeitet.

Die andere Hälfte wurde gar nicht abgeerntet. Beide Teilschläge dienen bis zum kommenden März als Winternahrung und Deckung für Feldhase und Co. Im zweiten Jahr hat Kamps die Stoppeln umgepflügt und anschließend eine Sommerung mit Hafer eingesät – die Serie begann erneut. Im dritten Jahr hat er die Fläche gewechselt, um den zunehmenden Druck an ungewollten Kräutern entgegenzuwirken.

Da der Ausweischlag etwas größer war als der beantragte Schlag, hat er die fehlende Fläche (etwa 0,175 Hektar) mit einem Blühstreifen gemäß Vertragsnatur-

schutz des Paketes 5042 C ergänzt. Hierzu hat er zunächst die Getreideeinsaat in doppelter Saatreihe über diesen Randstreifen hinaus durchgezogen und in einem zweiten Durchgang die besagte Kräutermischung aus Klatschmohn und Kornblume von Hand oben ausgesät.

Abschließend wurde mit der Cambridgewalze der nötige Bodendruck für die Keimung der Kräuter geschaffen. Auch hier zeigt die richtige Technik die erwartete und auch sehenswerte Wirkung.

EILDienst LKT NRW
Nr. 4/April 2024 32.95.11

Der schnelle und einfache Weg des Wissenstransfers beim Kreis Coesfeld

Derzeit geht die Generation der Babyboomer nach und nach in Rente bzw. Pension. Mit ihnen verlässt ein umfangreiches Fach- sowie ein über Jahre hinweg gesammeltes Erfahrungswissen die Verwaltung. Um diesen Effekt abzumildern und die negativen Folgen zu minimieren, wurde beim Kreis Coesfeld ein Konzept entwickelt, mit dem der Wissenstransfer vom Vorgänger auf den Nachfolger schnell und einfach möglich ist.

Der demographische Wandel ist längst auch in den Verwaltungen angekommen. Zahlreiche altersbedingte Austritte stehen dabei einem spürbaren Fachkräftemangel am Arbeitsmarkt gegenüber. Die Suche nach einer geeigneten Nachfolge ist schwierig und kann mitunter dauern. Die freiwerdenden Stellen können daher regelmäßig nicht nahtlos nachbesetzt werden, sondern bleiben zunächst unbesetzt. Ist die Stelle endlich wiederbesetzt, fällt viel zu spät auf, welcher große Wissens- und Erfahrungsschatz – möglicherweise ohne jegliche Dokumentation und Weitergabe – mit „in Rente“ gegangen ist. Ein systematisches und aktives Wissensmanagement kann dem entgegenwirken und bringt wesentliche Vorteile für die Verwaltung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Beispiel wird der Wissensverlust innerhalb der Verwaltung reduziert oder bestenfalls sogar ganz vermieden, der (Zeit-) Aufwand bei der Wissenssuche wird verringert, es werden weniger Fehler wegen fehlenden Wissens verursacht und die Einarbeitungszeiten werden verkürzt. Doch wie lässt sich in Zeiten knapper Personalressourcen ein effektives Wissensmanagement kurzfristig implementieren?

Die Methode „Wissenslandkarte“

Der Kreis Coesfeld hat sich hierbei einer einfachen und im Wissensmanagement verbreiteten Methode bedient: der Wissenslandkarte. Hierbei handelt es sich um eine Mindmap, in der relevantes Wissen zu einer Stelle bzw. Person strukturiert und übersichtlich erfasst und festgehalten wird. Die Vorteile einer Mindmap liegen auf der Hand: Die Methode ist allseits bekannt, die Erstellung ist einfach und es werden schnell Ergebnisse erzielt.

Um sicherzustellen, dass alle relevanten Themenbereiche abgedeckt werden und ein einheitliches Layout innerhalb der Kreisverwaltung verwendet wird, wurde vom Fachdienst für Organisation und Digitalisierung eine Vorlage erstellt. Hierin sind bereits die zu füllenden Kategorien vorgegeben. Dazu gehören beispielsweise die Hauptaufgaben auf der Stelle, Fristen und Termine, Ansprechpartnerinnen und -partner bzw. Netzwerke oder „Aus dem Nähkästchen geplaudert“. Ergänzend wurde noch ein dazugehöriger Fragebogen entwickelt. Dieser soll klarstellen, was



DIE AUTORIN

Melanie Klostermann,
Fachdienst
Organisation und
Digitalisierung,
Kreis Coesfeld
Quelle: Kreis Coesfeld

sich hinter den Kategorien genau verbirgt und die Vorbereitung und das Ausfüllen der Wissenslandkarte vereinfachen.

Ein zentrales und systematisches Wissensmanagement als Konzept

Für die Umsetzung der Idee wurde ein Konzept entwickelt. Hierbei wählte der Kreis Coesfeld den Weg eines zentralen und systematischen Wissensmanagements. Dadurch soll eine enge Verknüpfung zum ebenfalls zentral verankerten Prozessmanagement hergestellt werden. Beide Themenfelder sind auf einer Stelle und in einem Fachdienst angesiedelt.

Aufgrund der begrenzten Kapazitäten können jedoch nicht zentral gesteuert für alle Stellen Wissenslandkarten erstellt werden. Als priorisierte Zielgruppe wurden daher die in naher Zukunft altersbedingt ausscheiden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter definiert. Diese sollten entweder Schlüsselpositionen besetzen oder exklusive Wissensträgerinnen und Wissensträger sein. Beide Gruppen verfügen über einen großen Wissensschatz und Nischenwissen. Die einen insbesondere als Führungskraft, die anderen als Fachexpertinnen und Fachexperten.

Die Auswahl der Personen zur Erstellung der Wissenslandkarte erfolgte in Absprache mit den Dezernaten bzw. Fachabteilungen. Hierfür wurde eine Abfrage erstellt, wer in den kommenden drei Jahren altersbedingt ausscheiden wird und mit wem eine Wissenslandkarte erstellt werden soll.

So entstand eine mittelfristige Planung, bei der ausreichend Vorlaufzeit vor dem eigentlichen Austritt berücksichtigt wird. Denn sofern die Stelle nicht nahtlos nachbesetzt werden kann, können auch abteilungsintern Vertreterinnen und Vertreter von der Wissenslandkarte profitieren und noch vor dem Austritt der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers Unklarheiten aufdecken und ausräumen.

Parallel wurden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über einen Artikel im Intranet über die Bedeutung von Wissensmanagement generell und das konkrete Vorgehen informiert.

Vorgehensweise zur Erstellung der Wissenslandkarte

Das eigentliche Ausfüllen der Wissenslandkarte ist mit der erstellten Vorlage einfach. Bereits bei der Terminvereinbarung wird der Fragebogen zur Vorbereitung mit versendet. In einem ca. zweistündigen offenen Gespräch wird die Wissenslandkarte gemeinsam ausgefüllt. Dabei werden auch direkt relevante Prozesse abgefragt. Werden Prozesse identifiziert, die noch modelliert werden sollen, kann direkt ein gesonderter Termin hierfür vereinbart werden.

Im Anschluss an das Gespräch besteht innerhalb von wenigen Wochen die Möglichkeit, nachträglich Ergänzungen und Änderungen vorzunehmen. Sobald die Wissenslandkarte endgültig fertig ist, wird diese an die Abteilungsleitung verschickt. Diese leitet den Wissenstransfer ein, indem sie diese an die Nachfolge und Vertreterinnen und Vertreter weitergibt.

Fazit und Ausblick

Der Wissenstransfer mittels der Wissenslandkarte ist beim Kreis Coesfeld zunächst in einer Erprobungsphase getestet worden. Die Rückmeldungen daraus waren durchweg positiv. Mit einem vergleichsweise geringen Zeitaufwand ließen sich sehr gute Ergebnisse erzielen. Dabei ist jedoch auch klar, dass es sich um einen Überblick über die Stelle und das darauf erforderliche Wissen handelt – nicht mehr und nicht weniger. Tiefergehende Informationen müssen gegebenenfalls auf anderem Wege dokumentiert und weitergegeben werden. Seit kurzem ist nun die strukturierte Vorgehensweise gestartet. Die Ausweitung auf weitere Anwendungsfälle ist ebenfalls bereits in Planung. Hierbei rücken das Ausscheiden aufgrund von arbeitnehmerseitiger Kündigung oder die Versetzung zu einem anderen Dienstherrn in den Fokus. Darüber hinaus wurden die Vorlage der Wissenslandkarte sowie der Fragebogen im Wiki des Intranets hinterlegt. So bekommen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, selbst eine Wissenslandkarte zu erstellen, und können dabei helfen, ihr Wissen bedarfsgerecht innerhalb der Verwaltung zugänglich zu machen.

EILDienst LKT NRW
Nr. 4/April 2024 11.11.00

Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen: „Europa hat einen Mehrwert für alle Bereiche unseres Lebens“

Welche Bedeutung hat Europa für Nordrhein-Westfalen? Und wie wichtig ist die diesjährige Europawahl?

In einer Welt geopolitischer Spannungen benötigen wir den europäischen Zusammenhalt mehr denn je! Europa kann in der Welt nur für Freiheit und Recht einstehen und wettbewerbsfähig bleiben, wenn wir unser Gewicht gemeinsam in die Waagschale werfen. Der EU-Binnenmarkt sichert unseren Wohlstand. Dies gilt für exportorientierte Regionen wie Nordrhein-Westfalen noch einmal mehr. Hierzu hat die jüngste IW-Studie im Auftrag von Unternehmer.nrw noch einmal beeindruckende Belege geliefert: 60 Prozent des NRW-Handelsvolumens geht in die EU, ein Fünftel

der gesamten NRW-Wertschöpfung hängt an den EU-Exporten, 1,7 Millionen Arbeitsplätze werden darüber gesichert.

Zudem profitiert unser Land immens von EU-Fördermitteln wie dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), aus dem Investitionen von mehr als drei Milliarden Euro finanziert werden. Umso wichtiger ist es, dass es im Europäischen Parlament auch zukünftig eine konstruktive Mehrheit für europäische Lösungen gibt. Die Wahl am 9. Juni entscheidet darüber, wie es in Europa weitergeht. Meine große Sorge ist ein massives Erstarken rechtspopulistischer Kräfte. Dagegen hilft eine hohe Wahlbeteiligung derjenigen, die um die Bedeutung der EU wissen.

Die Mehrzahl der politischen Zielsetzungen der EU kann nicht ohne die Kommunen verwirklicht werden. Die Kommunen müssen daher als vollwertige Partner in und von der EU anerkannt werden. Nur partnerschaftlich kann Europa verwirklicht werden. Wie kann die Rolle der Kommunen und ihrer Spitzenverbände im EU-Mehrebenensystem gestärkt werden?

Gerade weil das EU-Recht maßgeblich von den Kommunen umgesetzt wird, ist es sehr wichtig, den Kommunen im europäischen Mehrebenensystem Raum zu geben. 2016 hat die niederländische Ratspräsidentschaft die Städteagenda auf den Weg gebracht und seitdem sind immer weitere Prozesse in Gang gebracht worden, die das städti-



Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen.

Quelle: Ralph Sondermann

sche und auch das ländliche Know-how stärker in den EU-Gesetzgebungsprozess einbeziehen. Das fordere und forcieren ich bei jedem meiner regelmäßigen Besuche in Brüssel. Und in Berlin wäre mehr davon auch nicht schlecht. Für die Kommunen spielen die Teilnahme an Konsultationen, der enge Kontakt zu den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und die Bündelung ihrer Interessen durch Dachverbände und Zusammenschlüsse wie etwa dem Covenant of Mayors, Eurocities oder dem Pact of Free Cities eine sehr wichtige Rolle. Durch stete Arbeit hat sich die Sicht auf die Rolle der Kommunen in Europa bereits geändert. Die Landesregierung arbeitet durch ihre Vernetzungs- und Unterstützungsangebote daran, dass das erfolgreich fortgesetzt wird.

Was tun Landesregierung und Landesvertretung, um Kommunen und kommunale Spitzenverbände in den europäischen Meinungsbildungsprozess einzubeziehen?

Unsere jüngste Initiative ist der Europa-Scheck. Weil Europa vor Ort gemacht wird, unterstützen wir damit lokale Projekte, die der EU ein Gesicht geben. Auch Kommunen sind eingeladen, mitzumachen. Bis zu 25.000 Euro Förderung sind pro Projekt möglich, einfach und bürokratiearm. Darüber hinaus gibt es viele Austauschformate. Zwei Mal im Jahr treffe ich zum Beispiel die EU-Beauftragten der Kommunen. Auch in anderen Ministerien gibt es entsprechende Formate. Zusätzlich nehmen die Kommunen regelmäßig an den Konsultationen des europäischen Netzwerkes „Regional Hub (RegHub)“ teil, in dem mittlerweile über 40 Regionen in der EU, darunter NRW, Mitglied sind. Der diesjährige RegHub-Workshop wird im Juni in Köln stattfinden.

Unsere NRW-Landesvertretung bei der EU pflegt einen engen Austausch mit den Büros der kommunalen Spitzenverbände in Brüssel. Zudem sind diese und NRW über ihre Mitglieder im Europäischen Ausschuss der Regionen vertreten. Sie sind beiderseits auch Mitglieder des Präsidiums des Ausschusses und können sich somit nicht nur bei einfach-gesetzlichen Fragen, sondern auch zu grundsätzlichen EU-Anliegen einbringen.

Es wird oft über die Brüsseler Regulierungswut geschimpft. Ist diese Kritik berechtigt?

Manchmal ärgere ich mich auch über überbordende Brüsseler Bürokratie. Manches davon ist allerdings auch in den Hauptstädten der Mitgliedsstaaten und Länder hausgemacht. Gemeinsam mit anderen Ländern achten wir im Bundesrat bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt des europäischen Gesetzgebungsverfahrens auf möglichst einfache Regelungen und wenig Bürokratie. Des Weiteren arbeitet unser Europastaatssekretär Dr. Mark Speich im Europäischen Ausschuss der Regionen an

Vereinfachungen und Verbesserungen bei der Umsetzung der EU-Strukturfonds. Das sind nur einige wenige Beispiele für unseren Einsatz auf allen Ebenen im Sinne der Städte, Kreise und Gemeinden, auch des ländlichen Raums.

Nicht nur bei einer Reihe von Regierungen macht sich Nationalismus breit, auch viele Bürgerinnen und Bürger haben das Vertrauen in die EU und deren Zusammenhalt verloren; europa- und demokratiekritische Stimmen nehmen zu. Wie können Land und Kommunen dieser Entwicklung entgegenwirken?

Die zunehmende Komplexität unserer Welt muss erklärt werden. Mängel und Herausforderungen müssen beim Namen genannt werden. Vor allem aber müssen wir überzeugende Lösungen für die Probleme entwickeln, die die Bürger und Unternehmen in unserem Land bedrücken – und diese dann konsequent umzusetzen. Haltung allein reicht nicht, wir brauchen Handlung. Es gilt außerdem, immer wieder in die breite Öffentlichkeit tragen, welchen Mehrwert Europa für alle Bereiche unseres Lebens hat und was es bedeuten würde, ohne diese Errungenschaften leben zu müssen. Der Blick nach Großbritannien zeigt uns, was wir verlieren, wenn wir nicht Teil der EU wären: Der Brexit hat die Briten 163 Milliarden Euro im Jahr gekostet und die Wirtschaftsleistung ist heute im Vergleich zum Verbleib in der EU etwa sechs Prozent niedriger. In Deutschland können zum ersten Mal über eine Million Jugendliche ab 16 Jahren über die Zukunft Europas mitentscheiden. Dass diese Jugendlichen, wie auch allen anderen Bürgerinnen und Bürger, von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, dafür setze ich mich als Europa-minister ein.

EILDienst LKT NRW
Nr. 4/April 2024 10.11.05

Vierbeinige Unterstützung bei der Arbeitsberatung

„In Beratungen haben meine Kundinnen und Kunden eigentlich immer eine Hand unter dem Tisch bei Anton“, erzählt Alexandra Hansch aus der Abteilung Arbeit und Ausbildung. Anton ist ihr tierischer Begleiter. Regelmäßig freitags begleitet der Beagle seine Besitzerin ins Büro in der Wasserstraße in Rheda-Wiedenbrück.

Die Idee, Anton für die tiergestützte Beratung ausbilden zu lassen, kam Hansch während der Coronapandemie. In

dieser Zeit war das Jobcenter nur eingeschränkt erreichbar. Da eine Kundin jedoch sehr dringenden Beratungsbedarf hatte,

machte Hansch mit ihr eine Spazerrunde um den Emssee in der Flora Westfalica. Beim ‚Walk and Talk‘ war nach vorheriger



DIE AUTORIN

Saskia Henning,
Pressestelle,
Kreis Gütersloh
Quelle: Kreis Gütersloh

Rücksprache mit der Kundin auch Anton mit dabei. Das zeigte eine sehr positive Wirkung: „Die Kundin hat sich sehr geöffnet und mir von Problemen berichtet über die sie zuvor jahrelang nicht gesprochen hatte. Durch Anton konnte sie mich viel nahbarer wahrnehmen. Ich war nicht mehr nur die ‚Frau vom Amt‘“, berichtet Hansch. Auch wissenschaftlich ist belegt, dass die Anwesenheit von Hunden sich positiv auf die physischen, sozialen, kognitiven und emotionalen Fähigkeiten der Anwesenden auswirkt.

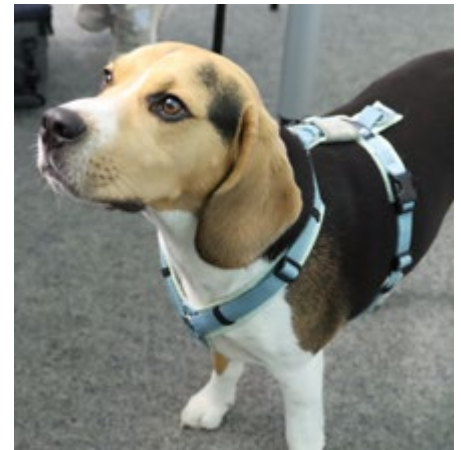
Bei Personen, die zur Beratung zum Jobcenter kommen, liegen nicht selten Problematiken beispielsweise persönlicher, gesundheitlicher oder auch familiärer Art vor, die es ihnen erschweren eine Arbeit aufzunehmen. Darüber mit den Mitarbeitenden des Jobcenters zu sprechen fällt jedoch nicht immer leicht. Ein Hund, der die Arbeitsberaterin nahbarer macht, kann helfen Barrieren abzubauen und ins Gespräch zu kommen, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Nach Rücksprachen mit ihrem Vorgesetzten und ihren Kolleginnen und Kollegen im Jobcenter begann Hansch daraufhin mit

Anton eine 16-monatige Ausbildung zur Fachkraft für tiergestützte Therapie und Intervention im Ausbildungszentrum für tiergestützte Therapie NRW. Die Ausbildung ist zertifiziert und schließt mit einer theoretischen und praktischen Prüfung sowie einer Facharbeit ab. Die Ausbildung ist die Voraussetzung für die Arbeit mit Anton in der Beratung. Abgesehen davon gibt es weitere Auflagen. Eine Hygienebox, die immer griffbereit ist, ist Vorschrift für die Arbeit mit dem Hund im Büro. Außerdem muss Anton zweimal jährlich einen Gesundheitscheck beim Tierarzt durchlaufen, regelmäßig geimpft werden und bekommt eine Parasitenprophylaxe.

In der tiergestützten Beratung steht der Hund nicht im Fokus, sondern unterstützt diese beispielsweise als Eisbrecher, Gesprächseinleiter, Trostspender oder gibt Impulse zum Dialogaufbau. „Besonders wenn Personen, die ich berate sehr verschlossen, unsicher oder gestresst sind, aber auch wenn sie beispielsweise ein leichtes Aggressionspotential aufweisen, kann sich Antons Anwesenheit sehr gut auf meine Beratung auswirken“, erklärt Hansch.

Die tiergestützte Beratung findet bei Alexandra Hansch meistens in Einzelgesprächen in ihrem Büro statt. Seltener werden mit den Beratungsgesprächen auch Spaziergänge mit dem Hund verbunden. Vorab stimmt sie sich mit den Klientinnen und Klienten ab, ob diese mit Antons Anwesenheit einverstanden sind. Während der Beratungssituation achtet Hansch auch auf Antons Wohlergehen: „Mir ist wichtig,



Anton ist der „tierische“ Berater des Jobcenters Rheda-Wiedenbrück.

Quelle: Beate Behlert/Kreis Gütersloh

dass der Hund in meiner Arbeit kein Instrument ist. Wenn es ihm zu viel ist, kann er sich im Büro jeder Zeit auf sein Kissen zurückziehen.“

Viele der Klienten haben sich schon an Anton gewöhnt, erzählt Hansch: „Wenn Anton mal nicht da ist, wird sein Fehlen oft direkt bemerkt und die Personen fragen mich, wo er denn heute ist.“ Auch bei den Kollegen im Jobcenter in Wiedenbrück kommt Anton durchweg positiv an. Zum Teil übernimmt Hansch von Kollegen auch Klientinnen und Klienten, bei denen die tiergestützte Beratung vielversprechend scheint.

EILDienst LKT NRW
Nr. 4/April 2024 50.05.02

Kurznachrichten

Demografie

Gesundheits- und Senioren-App „Gut versorgt in ...“

Bürgerinnen und Bürger, die mehr zu den Themen „Leben im Alter“ und „Älter werden“ im Kreis Borken erfahren möchten, können ab sofort die Gesundheits- und Senioren-App „Gut versorgt in ...“ speziell für das Westmünsterland nutzen. „Sie kann im App Store oder bei Google Play kostenlos heruntergeladen werden und funktioniert sowohl auf dem Smartphone als auch auf dem Tablet ohne Eingabe

persönlicher Daten oder Passwörter“, erklärt Landrat Dr. Kai Zwicker. Nach dem Download wählen die Nutzer eine der 16 teilnehmenden Kommunen aus dem Kreisgebiet aus und erhalten dann wahlweise Informationen aus ihrem Ort sowie vom Kreis Borken.

In der App finden Interessierte Adressen und Öffnungszeiten zahlreicher Institutionen speziell für Seniorinnen und Senioren. „Dazu gehören beispielsweise Arztpraxen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie Pflegeinstitutionen und -dienste“, sagt Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster in seiner Funktion als Gesundheits- und Sozialde-

zernent. Diese Angebote sind nach ihrer räumlichen Entfernung zum Standort der Nutzer sortiert. Des Weiteren stehen dort auch Informationen über die Leistungs- und Beratungsangebote der jeweiligen Stadt- oder Gemeindeverwaltung und des Kreises Borken zur Verfügung. „Zudem können Bürgerinnen und Bürger das Informations- und Rätegeberportal zu verschiedenen relevanten Bereichen für das Leben im Alter, wie zum Beispiel Ernährung, Gesundheit oder Reisen nutzen“, fügt Karin Ostendorff, Leiterin des Fachbereichs Soziales des Kreises Borken, hinzu. Neben den Kommunen und der Kreisverwaltung ist auch die Kreispolizeibehörde Borken in



Landrat Dr. Kai Zwicker präsentiert die App „Gut versorgt in ...“. Quelle: Kreis Borken

der App vertreten. Sie hat dort die Möglichkeit, eigene Informationen zu veröffentlichen und mithilfe von Push-Benachrichtigungen in Echtzeit beispielsweise vor aktuellen Betrugsmaschinen zu warnen.

„Besonders die übersichtliche Darstellung durch eine Kacheloberfläche erleichtert Seniorinnen und Senioren die Bedienung. Sie können beispielsweise aus der App direkt in ihrer Arztpraxis anrufen, den hinterlegten Routenplaner nutzen oder sich Inhalte auch vorlesen lassen“, betont Lena Schlamann, Sozialplanerin des Kreises Borken. Fortlaufende Aktualisierungen der Angebote übernimmt der App-Anbieter „Gut versorgt in ... GmbH“.

EILDienst LKT NRW
Nr. 4/April 2024 13.60.10

Gesundheit

Gemeindepsychiatrischer Verbund Kreis Kleve gegründet

31 Partner haben im Januar 2024 die Kooperationsvereinbarung zur Gründung des Gemeindepsychiatrischen Verbunds (GPV) Kreis Kleve unterzeichnet. Ihr gemeinsames Ziel ist ein funktionierendes und tragfähiges psychiatrisches Netzwerk

aus interdisziplinären Verbundpartnerinnen und Verbundpartnern im Kreisgebiet. Die bedarfsgerechte Behandlung und Rehabilitation sowie die Hilfen für Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung im Kreis Kleve sollen wortortnah verbessert werden. Der GPV richtet sich – nach der Internationalen Klassifikation der Krankheiten – an Menschen mit sogenannten „F-Diagnosen“ wie beispielsweise Depressionen, Ängste, Suchtproblematiken, Schizophrenie, aber auch demenzielle Erkrankungen. Zu den Kooperationspartnern zählen Kliniken, private Vereine und Verbände. Mein Dank gilt allen Partnern, die sich mit dem heutigen Startschuss zu einer noch engeren und regelmäßigen Zusammenarbeit verpflichtet haben – zum Wohle der Patientinnen und Patienten“, so Landrat Christoph Gerwers bei der Unterzeichnung im Kreishaus Kleve. „Ihr Austausch, Ihre Vernetzung und Ihre künftigen gemeinsamen Projekte sind wichtige Hilfen für die betroffenen Menschen.“

EILDienst LKT NRW
Nr. 4/April 2024 13.60.10

Kinder, Jugend und Familie

Lokales Bündnis für Familie – Auszeichnung für die Kreise Unna und Lippe

Im November fand in Berlin der Bündnisdialog der Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“ statt. Unter dem Motto „Ausgezeichnet in die Zukunft“ wurden 56 Lokale Bündnisse für Familie aus ganz Deutschland von Bundesministerin Lisa Paus für ihr familienpolitisches Engagement vor Ort ausgezeichnet. Darunter war auch das Lokale Bündnis für Familie Kreis Unna.

Anja Josefowitz (Sprecherin des Bündnisses) und Sandra Ruiz (Geschäftsführerin des Bündnisses) nahmen die Auszeichnung entgegen. „Wir freuen uns über die Wertschätzung aus dem Bundesfamilienministerium, die unserer Bündnisarbeit entgegengebracht wird“, so Anja Josefowitz und Sandra Ruiz.

Die Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“ setzt sich seit fast 20 Jahren dafür ein, die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Familien vor Ort zu verbessern. Doch selten waren Vereinbarkeitsthemen von so hoher Relevanz wie heute.

Jedes einzelne Lokale Bündnis, so wie auch das im Kreis Unna, hat in den vergangenen Jahren wertvolle Arbeit und Unterstützung für Familien in all ihrer Vielfalt geleistet, wie etwa den PLUSPUNKT FAMILIE und das Projekt „Jedes Kind soll schwimmen lernen“. Ebenso ausgezeichnet wurde der FABEL-Service, der Zusammenschluss lippischer Unternehmen und des Kreises Lippe, der sich für die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf einsetzt. Verschiedenste Branchen, IHK Lippe zu Detmold, Wirtschaftsförderungen, Lippische Landeskirche Gleichstellung, Pflege und Integration, Mehrgenerationenhaus Lemgo, Pflegestützpunkt, Lippische und überregionale Beratungsstellen, Träger der öffentlichen Jugendhilfe, Frühe Hilfen und Jugendämter sind involviert. „Wir freuen uns über die Wertschätzung aus dem Bundesfamilienministerium und bedanken uns aber auch für das fabelhafte Engagement der beteiligten Unternehmen“, sagt Sandra Stövesand vom FABEL-Service, die die Auszeichnung in Berlin stellvertretend für die Initiative von 60 lippischen Unternehmen entgegennahm.

„Zusammen erarbeiten wir bedarfsgerechte Angebote für die Unternehmen und die Region. Im Fokus steht dabei die Familienfreundlichkeit. Der FABEL-Service ist sozusagen Dienstleister für die Mitgliedsunternehmen“, sagt Dr. Olaf Peterschröder, zuständiger Verwaltungsvorstand beim Kreis Lippe. „Er begleitet bei der Weiterentwicklung einer familiengerechten Personalpolitik oder bietet Beschäftigten eine lebensphasenorientierte Beratung zu allen Fragen rund um die Familie“, nennt er Beispiele. Mithilfe des FABEL-Services konnten bislang 54 Pflegelotsen ausgebildet werden, um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf aus der Tabu-Zone zu holen. Auch Väterprojekte und väterfreundliche Personalpolitik sind gerade in Zeiten des Fachkräftemangels relevant. So gibt es beispielsweise den Vater-Kind-Treff.

Das Bundesfamilienministerium hat in diesem Jahr gemeinsam mit besonders engagierten Bündnissen neue Lösungen und Ansätze erarbeitet, um gesellschaftlichen Veränderungen zu begegnen und so Familien weiterhin bestmöglich unterstützen zu können. Die ausgezeichneten Bündnisse stehen zukünftig in einem verbindlichen Austausch mit dem Bundesfamilienministerium und werden dadurch in ihrer Arbeit vor Ort gestärkt, damit mehr Familien von den vielfältigen Angeboten profitieren können.

EILDienst LKT NRW
Nr. 4/April 2024 13.60.10

Landwirtschaft und Umwelt

Städteregion Aachen auf dem Weg zur CO₂-Neutralität

Im Bestreben, die CO₂-Neutralität bis 2030 zu erreichen, hat die Städteregion Aachen einen weiteren wichtigen Schritt getan: Der Städteregionstag verabschiedete mit großer Mehrheit das Strategiepapier „Raum. Mobilität. Klima.“ Darin wird beschrieben, wie die Städteregion Aachen bei Strom, Wärme und Mobilität nahezu frei von fossilen und anderen endlichen Energieträgern werden und damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. In mehreren Schritten sollen auf der einen Seite konsequent Energie gespart und auf der anderen Seite regionale und erneuerbare Energie stärker genutzt werden. Damit verbunden ist auch das Ziel, dass die Menschen sich einbringen und von der erfolgreichen Energiewende profitieren. Zehn Leitprojekte wurden beschlossen: Dazu gehören die Fortschreibung des Energieplans ebenso wie der Ausbau erneuerbarer Energien.

Ebenso werden klimafreundliche Zukunftsquartiere angestrebt und alternative Antriebskonzepte gefördert. Das regionale Handwerk will die Städteregion mit einer Fachkräfte-Offensive und dem Ausbau nachhaltiger Wertschöpfungsketten stärken. Insgesamt soll die Region so bei Knappheiten in akuten globalen Krisen besser abgesichert werden. Den Leitprojekten sind Einzelmaßnahmen untergeordnet, über die der Städteregionstag jeweils gesondert entscheidet.

Die Strategie wurde von der B.A.U.M. Consult GmbH in Hamm in Kooperation mit der Klima und Energieeffizienz Agentur GmbH erstellt und vom Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert. Sie umfasst darüber hinaus eine Datenbasis für zukünftige Projekte wie eine Energie- und Treibhausgasbilanz oder die Darstellung des Wärmebedarfs innerhalb der Städteregion Aachen. Die Städteregion will als Klammer ihre Schwerpunkte auf Beratung, Information und Motivation legen und so ihrer Vorbildfunktion im Klimaschutz gerecht werden. In die Strategie sind die Klimakonzepte der einzelnen Städte und Gemeinden eingebunden.

EILDienst LKT NRW
Nr. 4/April 2024 13.60.10

Zahlen und Fakten aus NRW

Mehr Auszubildende im Handwerk haben (Fach-)Abitur

Der größte Teil der Auszubildenden im Handwerk verfügte im Jahr 2022 bei Vertragsabschluss über eine Fachoberschulreife. Der Anteil der Auszubildenden mit diesem Schulabschluss stieg von 34,2 Prozent im Jahr 2013 auf 42,7 Prozent im Jahr 2022. Dagegen sank der Anteil der Auszubildenden mit Hauptschulabschluss im Zehnjahresvergleich von 48,2 Prozent auf 30,0 Prozent. Hatten 2013 noch 14.541 Azubis mit Hauptschulabschluss eine Ausbildung im Handwerk begonnen, waren es 2022 nur noch 8.331 (-42,7 Prozent).

Ähnlich ist auch bei allen Auszubildenden im dualen System ein Trend zu höherer schulischer Vorbildung zu erkennen. So hatten 41,8 Prozent aller Azubis mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag im Jahr 2022 (Fach-)Abitur. Im Jahr 2013 waren es lediglich 37,8 Prozent gewesen.

NRW-Tourismus

Im Jahr 2023 sind rund 17,6 Millionen Passagiere von den sechs Hauptverkehrsflughäfen in NRW abgeflogen, das waren 2,7 Millionen Passagiere (18,2 %) mehr als ein Jahr zuvor (2022: 14,9 Millionen), jedoch rund 4,1 Millionen (-19,1 %) weniger als vor Beginn der Corona-Pandemie (2019: rund 21,7 Millionen). Im Jahre 2023 starteten 17,9 Prozent aller gewerblich beförderten Passagiere in Deutschland von einem der großen Flughäfen in NRW ab. Rund 23,6 Millionen Gäste besuchten die Beherbergungsbetriebe und Campingplätze in Nordrhein-Westfalen.

Das waren 16,0 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Übernachtungen war mit 53,6 Millionen um 12,8 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Die Zunahme bei den Gästezahlen ist fast ausschließlich auf ausländische Reisende zurückzuführen.

Verbraucherpreise für Haushaltsenergien

Im Januar 2024 waren die Verbraucherpreise für Haushaltsenergien in Nordrhein-Westfalen um 32,9 Prozent höher als zwei

Jahre zuvor, vor Beginn des Angriffs Russlands auf die Ukraine. Dabei waren die höchsten Preissteigerungen innerhalb der Haushaltsenergien bei Erdgas und Fernwärme zu beobachten. So sind die Preise zwischen Januar 2022 und Januar 2024 für Erdgas um 62,3 Prozent und für Fernwärme um 46,1 Prozent gestiegen. Die Verbraucherpreise insgesamt verteuerten sich im selben Zeitraum um 11,6 Prozent.

Positive Lohnentwicklung

Die effektiven Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in NRW waren im Jahr 2023 preisbereinigt um 0,4 Prozent höher als im Jahr 2022.

Damit war zum ersten Mal seit dem Jahr 2019 ein Anstieg der Reallöhne zu verzeichnen. Der Anstieg der Nominallohne (+6,0 Prozent) übertraf den Zuwachs der Verbraucherpreise (+5,6 Prozent). Damit lagen die realen Verdienste nach dreijährigem Rückgang erstmals wieder im positiven Bereich.

Mehr ukrainische Schülerinnen und Schüler in NRW

Die Zahl der ausländischen Schülerinnen und Schüler mit ukrainischer Staatsangehörigkeit an Schulen in NRW ist gestiegen. 49.615 ukrainische Schülerinnen und Schüler (+16,7% bzw. +7.105) besuchen im Schuljahr 2023/24 eine allgemeinbildende oder berufliche Schule in NRW.

Der Anstieg ist geringer als vor einem Jahr, als sich die Zahl sprunghaft von 2.490 (Schuljahr 2021/22) auf 42.515 (Schuljahr 2022/23) erhöht hatte (+40.025). Damit besuchen fast 20-mal so viele ukrainische Schülerinnen und Schüler die Schulen in NRW wie vor Beginn des Ukrainekriegs.

Die ukrainischen Schülerinnen und Schüler stellen im aktuellen Schuljahr 2,0 Prozent aller Schülerinnen und Schüler; am häufigsten in Grundschulen (16.045), Gymnasien (10.030) und beruflichen Schulen (6.570). Auch ist die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler gestiegen. Insgesamt besuchen 2.498.865 Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2023/24 eine der 5.018 allgemeinbildenden und 379 beruflichen Schulen in NRW (+0,8 % bzw. +19.030).

EILDienst LKT NRW
Nr. 4/April 2024 13.60.10

Persönliches

Manuela Kupsch neue Kreisdirektorin des Kreises Höxter

Der Kreistag des Kreises Höxter hat Manuela Kupsch aus Detmold einstimmig zur neuen Kreisdirektorin des Kreises Höxter gewählt. Sie wird ihre Stelle voraussichtlich zum 1. Juni 2024 antreten und auf den bisherigen Kreisdirektor Klaus Schumacher folgen, der dann den Ruhestand antreten wird. „Ich freue mich sehr, dass wir mit Frau Kupsch eine ausgezeichnete und fachlich hoch qualifizierte Nachfolgerin gefunden haben“, sagt Landrat Michael Stickeln. Die 46-Jährige leitet derzeit den „Eigenbetrieb Schulen“ des Kreises Lippe. „Als Kreisdirektorin des Kreises Höxter wird sie voraussichtlich ab Sommer unter anderem meine Vertretung als Behördenleiter sowie eine Fachbereichsleitung übernehmen“, so Landrat Stickeln. Manuela Kupsch dankte nach ihrer Wahl allen Mitgliedern des Kreistages des Kreises Höxter für ihr einstimmiges Votum und das damit entgegengebrachte Vertrauen.

EILDienst LKT NRW
Nr. 4/April 2024 13.60.10

Dominik Schad ist neuer Kreisdirektor des Kreises Recklinghausen

Der Kreis Recklinghausen hat einen neuen Kreisdirektor: Dominik Schad konnte am 1. Februar, seine Ernennungsurkunde entgegennehmen. Landrat Bodo Klimpel freut sich auf eine gute Zusammenarbeit. Und Dominik Schad ergänzte: „Ich werde alles tun, um das Amt des Kreisdirektors bestmöglich auszufüllen. Ich freue mich sehr auf die neue Herausforderung.“ Mit großer Mehrheit wählte der Kreistag Dominik Schad für acht Jahre zum allgemeinen Vertreter des Landrates. Als Kreisdirektor ist Schad als kommunaler Wahlbeamter gleichzeitig der vom Kreistag bestellte Kämmerer des Kreises Recklinghausen. Dominik Schad folgt auf Roland Butz.

Dominik Schad (41) kommt aus Waltrop und ist bereits seit 2010 beim Kreis Recklinghausen. Nach seinem Studium der Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt „Management und Regulierung von Wirtschaft, Arbeit und Organisationen“ an der Ruhr-Universität Bochum, arbeitete er unter anderem bei der Stadt Herten, bevor er 2010 als Büroleiter des Landrats

zum Kreis Recklinghausen wechselte. Ab 2015 war er im Jobcenter Kreis Recklinghausen tätig, zunächst als Projektverantwortlicher, dann als Fachdienstleiter für Personal und Organisation und zuletzt für sechs Jahre als Fachbereichsleiter und somit Kopf des Jobcenters. Seit Juli 2023 leitet er den Fachbereich Finanzen in der Kreisverwaltung. Darüber hinaus war er Leiter des Krisenstabs „Ukraine“ und ist Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft NRW der Jobcenter. Neben seiner Arbeit beim Kreis Recklinghausen ist er außerdem als Referent für Changemanagement und Verwaltungsdigitalisierung beim Studieninstitut Westfalen-Lippe und beim Institut für Kooperative Systeme tätig.

EILDienst LKT NRW
Nr. 4/April 2024 13.60.10

Oberkreisdirektor a.D. Robert Wirtz verstorben †

Robert Wirtz, letzter Oberkreisdirektor des Kreises Mettmann, ist am 23. Januar im Alter von 80 Jahren verstorben. In 19 Jahren Dienstzeit beim Kreis Mettmann, davon neun Jahre als Oberkreisdirektor, konnten durch sein hohes Engagement wichtige Meilensteine gesetzt und große Projekte realisiert werden.

Sein Studium an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn schloss Robert Wirtz mit der zweiten juristischen Staatsprüfung ab. Anschließend war er bei der Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen tätig. 1980 wechselte Robert Wirtz zum Kreis Mettmann – zunächst ins Rechtsamt. Aufgrund seiner hervorragenden Leistung und seines enormen Fachwissens in Finanzfragen wurde er schnell zum Kreisrechtsdirektor befördert und übernahm 1983 die Funktion des Kämmerers. Es war ihm stets ein Anliegen, solide Finanzen mit ausgeglichenen Haushalten und einer möglichst niedrigen Kreisumlage vorzulegen, um auch die Städte nicht zu sehr zu belasten. Nur ein Jahr später wurde Robert Wirtz zum Kreisdirektor bestellt. Der Höhepunkt seiner Karriere folgte im Jahr 1990: Am 1. Mai wählte der Kreistag ihn zum Oberkreisdirektor. Gemeinsam mit den ehrenamtlichen Landräten Heinz Pensky und später Willi Müser bildete er die sogenannte Doppelspitze. Robert Wirtz prägt den Kreis Mettmann bis heute. In den 90er



Oberkreisdirektor a.D. Robert Wirtz †

Quelle: Kreis Mettmann

Jahren war seine Heimatstadt Mettmann von der Deutschen Bahn abgekoppelt und der Schienenverkehr eingestellt. Das ließ Robert Wirtz keine Ruhe. Dank seines engagierten Handelns konnte die Regio-bahn 1999 ihren Betrieb aufnehmen. Diese wichtige Verkehrsverbindung zwischen Kaarst über Düsseldorf und Mettmann bis Wuppertal wäre ohne Robert Wirtz wohl nicht erschlossen worden. In seiner Amtszeit als Oberkreisdirektor wurde insgesamt der ÖPNV im Kreis nachhaltig verbessert, wozu auch die Gründung der Kreisverkehrsgesellschaft maßgeblich beitrug.

Ein wichtiger Erfolg seines Wirkens war der Erwerb des Fabrikgebäudes der Firma Wolters, welches unter seiner Regie zu einem modernen Verwaltungsgebäude umgebaut wurde. So konnten viele Ämter unter ein gemeinsames Dach ziehen. In der Dienstzeit von Robert Wirtz richtete der Kreis Mettmann zudem das Kreis-Service-Center als direkte Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger ein. Robert Wirtz war eine bürgernahe und zeitgemäß aufgestellte Verwaltung ein wichtiges Anliegen. Die Bildung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu fördern, war ihm eine Herzensangelegenheit. Den Ausbau der Förderschulen trieb Robert Wirtz mit hohem Einsatz voran und sicherte durch die Übernahme des Berufskollegs Niederberg in Velbert ein leistungsfähiges Berufsschulwesen. Innerhalb der Kreispolizei baute er

sich rasch ein vertrauensvolles Netzwerk auf und galt als allseits anerkannte Führungspersönlichkeit. Robert Wirtz hatte stets ein offenes Ohr für die Anliegen der Polizistinnen und Polizisten. Auch nach seinem Ruhestand riss der Kontakt nicht ab. Besonders hervorzuheben ist seine Arbeit im Vorstand der Stiftung Neanderthal Museum, der er auch nach dem aktiven Dienst beim Kreis Mettmann als ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender treu blieb. Robert Wirtz trug entscheidend zur

Realisierung des Neubaus des Neanderthal Museums bei. Seiner Expertise und seinen von Klugheit und Weitsicht geprägten Entscheidungen ist es zu verdanken, dass das Neanderthal Museum seit nunmehr 28 Jahren auf stabilem wirtschaftlichen Kurs gehalten wird.

Landrat Thomas Hendele würdigt den ehemaligen Oberkreisdirektor: „Zuverlässig, zielstrebig und bodenständig – Robert Wirtz ging seinen Aufgaben sehr gewis-

senhaft nach, wobei er nie das große Rampenlicht suchte. Er war nicht nur ein respektabler, verdienstvoller Leiter der Kreisverwaltung, sondern für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein freundlicher und warmerherziger Mensch. Robert Wirtz wird uns stets in bester Erinnerung bleiben – als ein verlässlicher, heimatverbundener Mensch und Oberkreisdirektor.“

EILDienst LKT NRW
Nr. 4/April 2024 13.60.10

Hinweise auf Veröffentlichungen

Sozialgesetzbuch SGB II, Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende, Kommentar, Ergänzungslieferung 8/23, Oktober 2023, ISBN 978-3-503-23157-7, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Genthiner Straße 30G, 10785 Berlin, www.ESV.info.

Überarbeitung zu den § K16j, § K56, § K57, § K58, § K59, § K62 und § K31 SGB II.

Sozialgesetzbuch, Textsammlung, 162. Ergänzungslieferung September 2023, (Anschluss an die Ergänzungslieferung Juli 2023) Rund 3.800 Seiten auf Dünndruckpapier, ISBN: 978-3-406-80392-5, Aichberger, C.H.Beck, www.beck.de Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München.

Aktualisierung der Geringfügigkeits-Richtlinien, der Begutachtungs-Richtlinien und der Qualitätsprüfungs-Richtlinie häusliche Krankenpflege.

Die Schuldenbremse in der Krise, Schriften zum deutschen und europäischen Kommunalrecht, Band 60, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, 1. Auflage 2023, 292 Seiten, 45,00 €, ISBN 978-3-415-07477-4, Richard Boorberg Verlag GmbH & Co. KG, Scharrstraße 2, 70563 Stuttgart, www.boorberg.de.

Schwerpunkte aus dem Inhalt:

- Grenzen der Staatsverschuldung
- Schuldenbremse im Fokus

Tätigkeitsbewertung nach TVöD und TV-L, Harald Kaufung, 5. Auflage 2024, 98 Seiten, ISBN 978-3-415-07494-1, 49,00 €, Richard Boorberg Verlag, München.

Aus dem Inhalt:

- Tarifrechtliche Grundlagen
- Übersicht zur Zusammensetzung der Entgeltgruppen

Kreislaufwirtschaftsrecht, Abfallrecht und Bodenschutzrecht mit EU-Abfallrecht, v. Fluck/Frenz/Fischer/Franßen, 164. Aktualisierung, September 2023, rehm Verlag, Im Weiher 10, 69121 Heidelberg, www.rehm-verlag.de.

- Bundesrecht BImSchG, BioAbfV, VerpackG
- Landesrecht: BayAGTierNebG, AbfBodZV Bbg., LKrWG
- EG-Recht: RL 2008/98/EG (Abfall-RL), RL 2011/65/EU Elektrogerätegef-Stoffe.

Bauordnung für das Land NRW – Landesbauordnung, Schulte, Radeisen, Schulte, van Schewick, Strzoda, 122. Aktualisierung, Stand August 2023, Rehm Verlag, Hultschiner Straße 8, 86177 München, www.rehm-verlag.de.

- Überarbeitung der Kommentierungen zu den §§ 13, 15, 30, 32 – 33, 46 – 47, 49 BauO NRW
- Aufnahme HOAI (2. Teil).

Recht der Abfall- Kreislaufwirtschaftsrecht des Bundes, der Länder und der Europäischen Union, Kommentierungen der Abfallrahmenrichtlinie, des KrWG und weiterer abfallrechtlicher Gesetze und Verordnungen, Ergänzungslieferung 6/2023, Oktober 2023, Erich Schmidt Verlag, Genthiner Straße 30 G, 10785 Berlin, www.ESV.info.

Diese Ergänzungslieferung enthält Aktualisierungen der folgenden Kommentierungen:

- Einführung zu POP-Abfall ÜberwV
- § 3 POP-Abfall-ÜberwV (Getrennte Sammlung und Beförderung; Vermischungsverbot)
- § 4 POP-Abfall-ÜberwV (Nachweispflicht)
- § 5 POP-Abfall-ÜberwV (Registerpflichten)
- Kurzerläuterung Ersatzbaustoffverordnung
- Aktualisierung des Landesrechts (Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein)

Handbuch Recht der Kommunalfinanzen, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke und Prof. Dr. Christian Waldhoff, 2. Auflage, 2023 2017, Hardcover (Leinen), 780 Seiten, 189,00 €, ISBN 978-3-406-79385-1, Verlag C.H. Beck oHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München, www.beck.de.

Praktikerhandbuch u.a. zu

- Finanzrecht in der Reform
- Haushaltsrecht in der Reform (Doppik)
- Kommunale Einnahmen im Überblick
- Abgabenerhebung und -durchsetzung
- Rechtsschutz gegen kommunale Abgabenerfordernisse
- Finanzausgleichsrecht.

Brinktrine / Schollendorf, Beamtenrecht Bund, BBG; BeamStg; BRRG, Kommentar, 2. Auflage. Bestellnr.: 978-3-406-80731-2, Verlag C.H.Beck oHG, 80791 München. Änderungen durch das Hinweisgeberschutzgesetz vom 31.05.2023 und der Änderung vom 17.07.2023.

Sozialgesetzbuch SGB XI, Soziale Pflegeversicherung, Ergänzungslieferung 02/23, Kommentar, Juli 2023, ISBN 978-3-503-23108-9 Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Genthiner Straße 30G, 10785 Berlin, www.ESV.info.

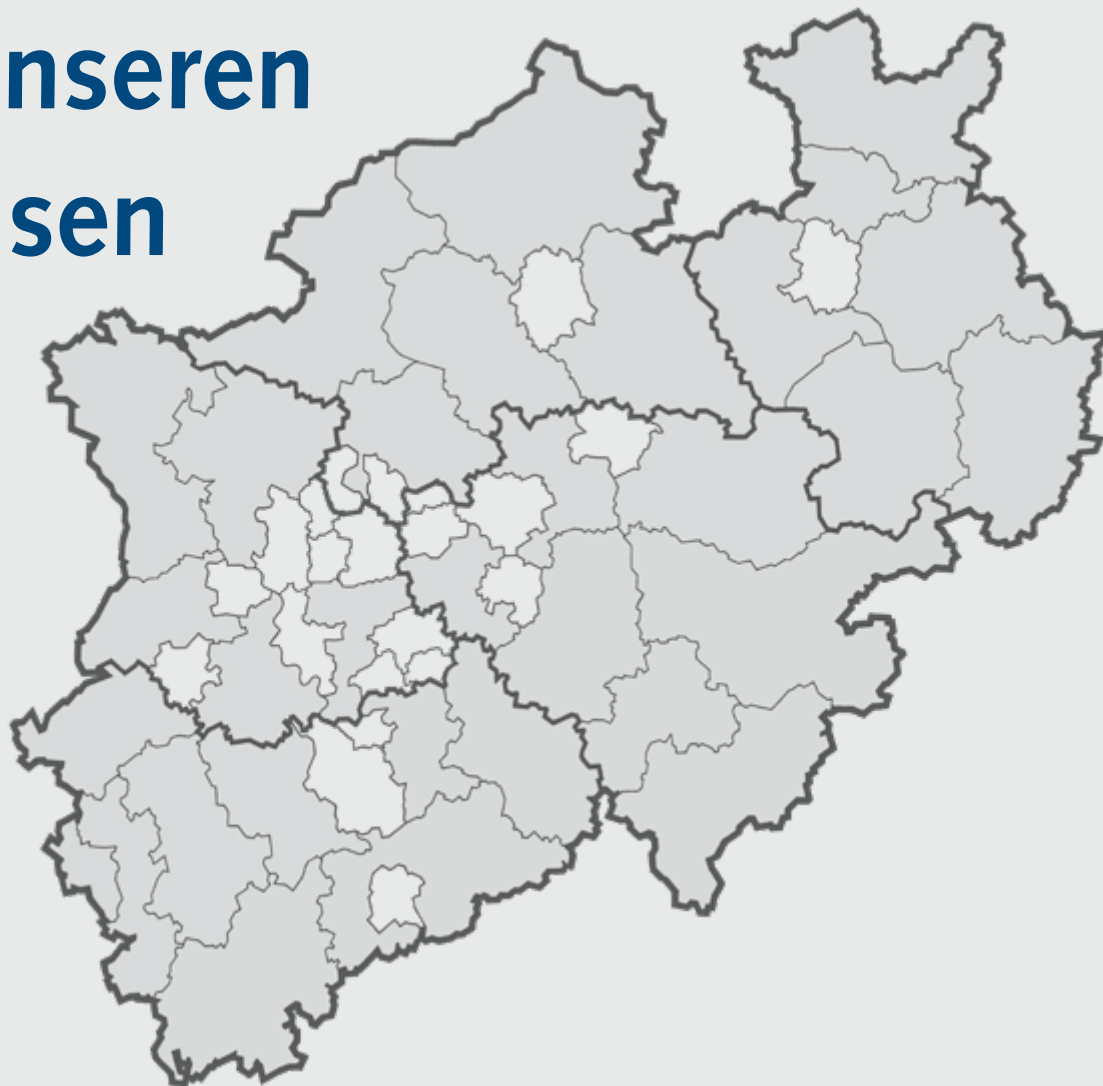
Aktualisierungen u.a. zu

- Umwandlungsanspruch
- Erstattungsbetrag
- Richtlinien für den Medizinischen Dienst Bund
- Qualitätsprüfungen

Sozialgesetzbuch SGB XI, Soziale Pflegeversicherung, Ergänzungslieferung 03/23, Kommentar, Dezember 2023, ISBN 978-3-503-23057-0 Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Genthiner Straße 30G, 10785 Berlin, www.ESV.info.

Kommentierung der §§ 43c, 82c, 88a und 142a und weitere Aktualisierungen.

Zukunft gestalten für die Menschen in unseren Kreisen



Kavalleriestraße 8
40213 Düsseldorf
Telefon 02 11/300491-0
Telefax 02 11/300491-660
E-Mail: presse@lkt-nrw.de
Internet: www.lkt-nrw.de

EILDienst – Monatszeitschrift
des Landkreistages
Nordrhein-Westfalen

Herausgeber:
Hauptgeschäftsführer
Dr. Martin Klein

Redaktion:
Erster Beigeordneter Dr. Marco Kuhn
Beigeordneter Dr. Kai Friedrich Zentara
Referent Karim Ahajliu
Referentin Anne Katrin Dimov-Bartels
Hauptreferent Dr. Markus Faber
Hauptreferentin Dr. Andrea Garrelmann
Referentin Viola von Hebel
Hauptreferentin Dorothee Heimann
Referent Marcel Kreuzt
Pressesprecherin Rosa Moya
Referent Stefan Waltking
Referent Dr. Christian Wiefling

Quelle Titelbild:
Robert Knesche

Redaktionsassistenz:
Gaby Drommershausen
Astrid Hälker
Verena Briese

Herstellung:
ALBERSDRUCK GMBH & CO KG
Leichlinger Straße 11
40591 Düsseldorf
www.albersdruck.de

ISSN 1860-3319